

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuss

17. WP - 23. Sitzung

am Mittwoch, dem 12. Januar 2011, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mark-Oliver Potzahr (CDU)

Hans Hinrich Neve (CDU)

Markus Matthießen (CDU)

Katja Rathje-Hoffmann (CDU)

Rolf Fischer (SPD)

Anette Langner (SPD)

Birte Pauls (SPD)

Jens-Uwe Dankert (FDP)

Kirstin Funke (FDP)

Björn Thoroë (DIE LINKE)

Vorsitzender

i.V. von Hauke Göttisch

i.V. von Niclas Herbst

i.V. von Heiner Rickers

Fehlende Abgeordnete

Wilfried Wengler (CDU)

Anke Spoorendonk (SSW)

Weitere Abgeordnete

Flemming Meyer (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Partnerschaft des Landtags mit Kaliningrad	4
2. Nordsee-Strategie	6
3. Deutscher Vorsitz Ostseerat	9
4. Bericht über die Europaministerkonferenz	11
5. Konzeptionelle Überlegungen zur deutsch-dänischen Zusammenarbeit - Dänemark-Strategie	13
6. Sinti und Roma in Kiel	15
7. Verschiedenes	16

Der Vorsitzende, Abg. Voß, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Der Ausschuss beschließt einstimmig, den Bericht über die aktuelle Arbeit des Ausschusses der Regionen, den Antrag der Fraktion der SPD betreffend die Arbeit der Europaschulen in Schleswig-Holstein unterstützen, Drucksache 17/592, und den Antrag der Fraktionen von SPD und SSW zur Umsetzung der Resolution des 8. Parlamentsforums Südliche Ostsee und der 19. Ostseeparlamentarierkonferenz, Drucksache 17/1013, sowie den dazugehörigen Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 17/1030, in einer späteren Sitzung zu beraten.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Partnerschaften von Landtag und Landesregierung mit Kaliningrad

LP Geerds führt in die Thematik ein und betont, Schleswig-Holstein und Kaliningrad verbinde eine lange Tradition, deren Festschreibung als Partnerschaft im vergangenen Jahr das zehnjährige Jubiläum erlebt habe. Die Zusammenarbeit erstreckte sich neben politischen und wirtschaftlichen Bereichen auch auf gesellschaftliche und kulturelle Belange. So werde im März dieses Jahres eine Fotoausstellung stattfinden, außerdem sei Anfang Januar das Sinfonieorchester aus Kaliningrad in Schleswig-Holstein empfangen worden. Dass das Jubiläum im vergangenen Jahr nicht gefeiert worden sei, sei den außergewöhnlichen Umständen in der Landespolitik geschuldet. Nun sei geplant, eine Delegationsreise in das Gebiet Kaliningrad im Juni oder im Dezember durchzuführen.

Aus seiner Sicht - so fährt LP Geerds fort -, seien Jugendbegegnung und Jugendaustausch von besonderer Bedeutung. Vor dem Hintergrund der Haushaltslage sei es zudem eine sinnvolle Idee, die Schirmherrschaft über eine Organisation zu übernehmen, die Spenden von Sponsoren für derartige Veranstaltungen einwerbe. Dies sei besonders wichtig, da die Förderung der Partnerschaft mit Kaliningrad auf 17.100 € im Jahr 2012 gekürzt werden solle. Angesichts der Haushaltslage sei es aus seiner Sicht auch sinnvoll zu prüfen, ob eine Vernetzung mit den Aktivitäten der Landesregierung im Hinblick auf die Partnerschaft zu Kaliningrad sinnvoll sein könne. Der parlamentarische Beitrag müsse dabei aber in jedem Fall erkennbar bleiben.

Im Hinblick auf die für dieses Jahr geplante Feier des zehnjährigen Jubiläums führt LP Geerds aus, dass eine Delegation aus Kaliningrad in den Schleswig-Holsteinischen Landtag eingeladen werden solle. Wichtig sei, inhaltliche Punkte in den Vordergrund zu stellen.

Ebenfalls von Bedeutung sei, die Partnerschaft mit Kaliningrad presseöffentlich zu machen. Hilfreich dabei könne sein, auch andere Punkte außer dem Thema Landwirtschaft in das Zentrum der Zusammenarbeit zu stellen.

Abg. Fischer begrüßt die geplante Intensivierung der Zusammenarbeit. Die bisherigen Kontakte dürften nicht verloren gehen. Er regt an, den Initiativkreis Kaliningrad, in dem über 100 schleswig-holsteinische Initiativen zusammengefasst seien, wiederzubeleben. Dieser Initiativkreis habe auch einen entscheidenden zivilgesellschaftlichen Teil, der für die Partnerschaft sehr wichtig sei. Eine Würdigung des Jubiläums der Partnerschaft mit Kaliningrad im festlichen, aber bescheidenen Rahmen sei angemessen. Er betont den besonderen Charakter der Partnerschaft, der von hoher, auch europapolitischer Bedeutung sei. Er betont, dass die Partnerschaft der vergangenen zehn Jahre durchaus intensiv gewesen sei, es habe auch Austausch und wechselseitigen Besuch von Parlamentariern gegeben.

Abg. Funke begrüßt die geplante Einladung einer Delegation aus Kaliningrad nach Kiel und die thematische Konzentration. Das Thema Hafenpolitik sei ein guter Ansatzpunkt, um die Kontakte zu vertiefen.

Abg. Matthießen und Abg. Dankert begrüßen ebenfalls die Wiederbelebung der Partnerschaft. - Abg. Dankert sieht einen wichtigen Schwerpunkt in der Jugendbegegnung, bei der man seiner Ansicht nach auch die Europaschulen besonders berücksichtigen solle.

LP Geerds betont, dass die von dem Abgeordneten angesprochenen Punkte auch für ihn wichtig seien und Berücksichtigung finden sollten. Besonders wichtig sei für ihn auch die Jugendarbeit, die dabei helfen könne, dass sich junge Menschen politisch engagieren und für demokratische Ziele kämpfen. Für weitere Vorschläge aus den Fraktionen sei man offen.

LP Geerds informiert über den für den 20. Januar 2011 geplanten Besuch in Sønderborg, bei dem unter anderem die Bewerbung Sønderborgs als Kulturhauptstadt Europas thematisiert werden solle. Vertreter der Fraktionen seien eingeladen, diese Reise zu begleiten.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

St Maurus bietet an, über die Partnerschaft der Landesregierung mit Kaliningrad schriftlich zu berichten.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Nordsee-Strategie

Berichterstatter: Dr. Hermann Kuhn, Berichterstatter des Ausschusses der Regionen zur Nordsee-Strategie und Vorsitzender der Intergroup „Nordsee/Ärmelkanal“

hierzu: Umdruck 17/1710

Herr Dr. Hermann Kuhn, Berichterstatter des Ausschusses der Region zur Nordsee-Strategie und Vorsitzender der Intergroup „Nordsee/Ärmelkanal“, führt in die Thematik ein. Die Diskussion über makroregionale Strategien auf europäischer Ebene habe mit der Ostsee-Strategie angefangen und sei mit der Donau-Region fortgesetzt worden. Anfang 2009 sei im AdR eine „Intergroup Nordsee“ ins Leben gerufen worden. Die Arbeitsbedingungen in der Intergroup seien jedoch aufgrund der begrenzt zur Verfügung stehenden Zeit schwierig. Die Intergroup Nordsee habe fast 20 Mitglieder aus allen Nordsee-Anrainerstaaten. Herr Dr. Kuhn führt aus, er selbst sei der Vorsitzende der Intergroup, die politisch wie regional sehr unterschiedlich besetzt sei. Man sei in der Intergroup übereingekommen, das Hauptaugenmerk auf die Einrichtung einer makroregionalen Strategie für die Nordsee zu legen. Der von der Intergroup beantragte Initiativbericht sei im Oktober 2010 einstimmig vom Ausschuss der Regionen verabschiedet worden.

Herr Dr. Kuhn trägt die Schwerpunkte des Berichts, Umdruck 17/1710, vor. Am Ende des Berichts stehe als Schlussfolgerung, dass der Europäische Rat die Kommission mit der Ausarbeitung einer makroregionalen Strategie für den Raum Nordsee/Ärmelkanal beauftragen solle. Wichtig sei auch die Betonung der Region Ärmelkanal, die nicht nur Verbindungsstück zwischen Nordsee und Atlantik sei, sondern spezifische Probleme als vielgenutzte Wasserstraße und als besondere Region für die Nutzung erneuerbarer Energien habe. Anders als im Ostseeraum spiele im Nordseeraum vor allem das natürlich gegebene Meer eine wichtige Rolle, soziale, historische und wirtschaftliche Aspekte seien erst in zweiter Linie wichtig. Ebenfalls im Gegensatz zu der als in der Ostseeregion habe in der Nordseeregion der Fall des Eisernen Vorhangs keine Rolle gespielt. Eine Vernetzung bisher bestehender Netzwerke und territorialer Cluster sei auch vor dem Hintergrund der Weiterentwicklung der Multi-Level-Governance sinnvoll.

Auf eine Frage der Abg. Fischer und Abg. Matthießen zu den Reaktionen der Mitgliedstaaten beziehungsweise der Europäischen Kommission und den Erfolgsaussichten einer dritten Stra-

ategie führt Herr Dr. Kuhn aus, dass es zu früh sei, um eine offizielle Reaktion der Kommission oder des Europäischen Rates zu erwarten. Bei der Kommission gebe es zwei unterschiedliche Reaktionen, einerseits von der Generaldirektion Mare, die der Idee offen gegenüberstehe, da man erkannt habe, dass eine stärkere Regionalisierung hilfreich sei. Andererseits sei formell die Generaldirektion Regio zuständig, die betone, dass die Einrichtung beziehungsweise Umsetzung einer Strategie sehr aufwendig sei. Aus diesem Grunde werde es vonseiten der DG Regio nicht weiter betrieben. Im Hinblick auf die Beteiligung Deutschlands sei festzustellen, dass alle vier betroffenen Bundesländer an der Intergroup beteiligt, jedoch unterschiedlich stark aktiv seien. Die Kommission selbst berücksichtige in ihrer Bewertung auch Aspekte wie eine gleichmäßige Verteilung von Strategien über das Gebiet der Europäischen Union. In diesem Zusammenhang gebe es bereits die Ostsee-Strategie, sodass man der Nordsee-Strategie als zweiter Strategie im nördlichen Bereich der Europäischen Union zurückhalten gegenüberstehe. Im Hinblick auf das Interesse des Europäischen Parlaments an der Intergroup sei festzustellen, dass man es aus Gründen, die auch in der belgischen Ratspräsidentschaft selbst gelegen hätten, nicht geschafft habe, dies auf die Agenda zur Zeit der belgischen Ratspräsidentschaft zu setzen. Man hoffe jetzt, dass es in der dänischen Ratspräsidentschaft erfolgreicher sei.

Auf eine Anmerkung des Abg. Fischer zu der aus seiner Sicht starken Wirtschaftsorientierung des Papiers betont Herr Dr. Kuhn, dass besonders dem Ökosystem breiter Raum eingeräumt worden sei, was auch in einem Gespräch mit der Handelskammer von dieser kritisiert worden sei.

Im Hinblick auf kulturelle Aspekte führt Herr Dr. Kuhn aus, dass der Fall des Eisernen Vorhangs und die Rückbesinnung auf die Hanse in der Ostsee ein verbindendes Element gewesen sei, das jedoch in der Nordsee eine geringere Rolle spiele. Allerdings könne der Frage gemeinsamer kultureller Traditionen mehr Raum eingeräumt werden.

Auf eine Frage des Vorsitzenden, inwieweit eine Nordsee-Strategie auch dazu beitragen könne, zum Beispiel Fragen der Haftung und Regulierung von Ölbohraktivitäten zu behandeln, führt Herr Dr. Kuhn aus, dass die geologischen Gegebenheiten in der Nordsee anders seien als zum Beispiel im Golf von Mexiko und man davon ausgehe, dass die Sicherheitsstandards und vorhandenen Rettungs- und Katastrophenpläne ausreichen. Vorstellbar sei, im Rahmen der makroregionalen Strategie zu Verbesserungen im Hinblick auf die Zulassung von Ölbohrvorhaben zu kommen oder auch die gegenseitige Unterstützung im Not- und Katastrophenfall zu vereinbaren. Herr Dr. Kuhn regt an, sich des Themas der geplanten Nordseeparlamentarierkonferenz noch einmal anzunehmen und möglicherweise eine gemeinsame Konferenz der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften durchzuführen.

Abg. Funke interessiert, welche unterschiedlichen Reaktionen es aus Frankreich und Großbritannien auf den unterschiedlichen Ebenen zu der Idee der makroregionalen Strategie gegeben habe. - Herr Dr. Kuhn führt aus, dass die Haltung der britischen Regierung zu der Idee ihm nicht bekannt sei. In Frankreich bestehe großes Interesse auf regionaler und lokaler Ebene, auf Seiten der Zentralregierung gebe es jedoch Bedenken, dass Kompetenzen verloren gehen könnten. Gleiches gelte auch für die Niederlande.

Abg. Fischer betont, dass auch seiner Erfahrung nach auf regionaler Ebene das Interesse an Zusammenarbeit sehr groß sei, dies jedoch auf überregionaler und nationalstaatlicher Ebene skeptisch gesehen werde. Deshalb müssten die Initiativen auf regionaler Ebene unterstützt werden. Wünschenswert sei auch, das mit den anderen betroffenen Bundesländern Deutschlands gemeinsam zu vertiefen.

Der Vorsitzende merkt an, dass die unterschiedliche Größe der beteiligten Gebietskörperschaften ein Problem darstelle.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Deutscher Vorsitz Ostseerat

St Maurus erläutert, dass Deutschland zum 1. Juli 2011 den Vorsitz im Ostseerat übernehme und diesen bis Juli 2012 innehabe. Deutschlands Vorgänger im Vorsitz sei Norwegen, der Nachfolger sei Russland. Das Auswärtige Amt bereite die deutsche Vorsitzzeit federführend vor. Die norddeutschen Länder seien in die Vorbereitung mit einbezogen. Inhaltliche Schwerpunkte seien Meerespolitik, Bekämpfung des Menschenhandels und Fortführung der institutionellen Reform des Ostseerates. Gesetzte Veranstaltung sei die Ausrichtung des Gipfeltreffens der Regierungschefs im Juni 2012. Dies solle in Mecklenburg-Vorpommern stattfinden. Auch der Vorsitz in ausgewählten Expertengruppen gehe automatisch mit dem Vorsitz im Ostseerat auf Deutschland über. Hamburg beabsichtige, im zweiten Halbjahr 2011 eine Bildungskonferenz auszurichten, Mecklenburg-Vorpommern habe angeboten, eine Veranstaltung zur Gesundheitswirtschaft mit hochrangigen Vertretern aus den Ostsee-Anrainerstaaten auszurichten. Als kultureller Rahmen sei eine Verbindung zum 18. Usedomer Musikfestival geplant. Im Mai finde in Rostock eine Fachmesse für maritime Industrie, die Baltic Future statt, die ebenfalls mit dem deutschen Vorsitz verknüpft werden solle.

Im Hinblick auf die schleswig-holsteinische Beteiligung führt St Maurus aus, dass im September 2011 eine Festveranstaltung zu 20 Jahren Ars Baltica stattfinden werde. Die Ars Baltica selbst sei eine auf Initiative des Ostseerates ins Leben gerufen worden. Vorsitz und Sekretariat von Ars Baltica seien in Schleswig-Holstein angesiedelt. Die dreitägige geplante Veranstaltung sei als Forum für Ars-Baltica-Projekte im Ostseeraum konzipiert. Es soll auch ein politisches Forum mit einer Gesprächsrunde namhafter Persönlichkeiten geben. Das Auswärtige Amt habe auf Arbeitsebene die Idee befürwortet, die Veranstaltung politisch mit dem deutschen Vorsitz im Ostseerat zu verbinden.

2012 werde das zweijährig stattfindende Baltic Media Forum in Schleswig-Holstein stattfinden. Beim letzten Baltic Media Forum sei eine Verknüpfung der Veranstaltung mit dem deutschen Vorsitz im Ostseerat angeregt worden, was beim Mitveranstalter auf großes Interesse gestoßen sei. Des Weiteren sei vonseiten des Landes Schleswig-Holstein angeboten worden, eine der Sitzungen der Expertengruppe Meerespolitik in Schleswig-Holstein auszurichten, deren Einsetzung auf Initiative des Landes Schleswig-Holstein insgesamt stattgefunden habe. Die Staatskanzlei habe auch vorgeschlagen anlässlich des Europäischen Tages der Meere am 20. Mai 2011 in Danzig eine gemeinsame Veranstaltung des Ostseerates, der Ostseeparlamen-

tariert und der BSSSC durchzuführen. Der Meerestag 2011 solle als Auftaktveranstaltung für eine dauerhafte meerespolitische Zusammenarbeit genutzt werden. Die Vorschläge Schleswig-Holsteins seien mit dem neuen Generaldirektor des Ostseerats, Jan Lundin, erörtert worden und fänden dort Unterstützung. Im Hinblick auf die Finanzierung versuche man, Ars-Baltica-Projektmittel einzubinden. Im Bereich des Baltic Media Forum setze man auch auf Sponsoring und auf Zuschüsse des Bundes.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Bericht über die Europaministerkonferenz

St Maurus stellt anhand der in Anlage 1 dieser Niederschrift angefügten Präsentation die Schwerpunkte der Europaministerkonferenz im Hinblick auf die Verhandlungen zum EU-Finanzrahmen 2014 bis 2020 vor. Eine besondere Herausforderung sei, Übergangsmechanismen für die aus der Ziel-1-Förderung herausfallenden ostdeutschen Bundesländer zu finden. Eine Möglichkeit sei Förderung der Übergangsregionen, die Diskussion dazu sei jedoch noch nicht abgeschlossen.

An der Förderung der grenzüberschreitenden Kooperation als Ziel-3-Gebiete in Höhe von 2,5 % solle zunächst festgehalten werden, da man der grenzüberschreitenden Kooperation einen hohen Stellenwert beimesse. In diesem Zusammenhang sei an die Mitgliedstaaten und die Regionen auch die Aufforderung gerichtet worden, die Gebietskulissen und das jeweilige Management zu überprüfen. Auch das Beispiel des Europäischen Verbunds territorialer Zusammenarbeit als neue Institution sei dabei angesprochen worden. Ziel der alten und neuen Bundesländer sei, die Förderung in der jetzigen Höhe zu gewährleisten.

In einem Gespräch, das St Maurus mit Vertretern der Generaldirektion Regio geführt habe, sei deutlich gemacht worden, dass in der nächsten Förderperiode die EU-Strategien und -Ziele festgelegt seien, die auch durch die Nationalstaaten und die Regionen erreicht würden. Dies solle unter anderem über Partnerschaftsvereinbarungen zwischen Nationalstaaten und Regionen geschehen, in denen die Ziele, die die Region mit den Strukturmitteln erreichen wollten, sowie die Maßnahmen, wie diese Ziele zu erreichen seien, angesprochen würden. Es solle auch eine Evaluation der Zielerreichung geben. Auch innerhalb des Förderzeitraums solle dann eine Justierung stattfinden, sodass Regionen, die Ziele nicht erreichten, keine Förderung mehr erhielten.

St Maurus bietet dem Ausschuss an, eine im Zusammenhang damit stehende Präsentation, die EU-Kommissar Dr. Ahner in Brüssel vorgestellt habe, dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen. - Der Ausschuss nimmt das Angebot dankend an.

Abg. Langner interessiert, ob angesichts der schwierigen Finanzlage noch Mittel zur Verfügung gestellt würden und ob die Chance bestehe, dass sich das Land durch Stellungnahmen

dafür einsetzen könne, darauf einzuwirken. Sie betont die Wichtigkeit der Umsetzung der Ostsee-Strategie.

St Maurus betont, dass die Ostsee-Strategie von wesentlicher Bedeutung für das Land Schleswig-Holstein sein werde, auch im Hinblick auf das vorhandene Potenzial im Ostseeraum. Hinzu kämen auch gemeinsame Probleme im Ostseeraum, für deren Bewältigung zusätzliche Mittel gut einzusetzen seien. Vonseiten der EU werde aber immer wieder darauf hingewiesen, dass dies in Kombination mit anderen Strukturmitteln erfolgen und auf konkrete Projekte bezogen sein solle. Darüber hinaus stünden im Ostseeraum 208 Millionen € an INTERREG-IV-B-Projektmitteln zur Verfügung. Eine Übersicht über die vom Land genutzten Mittel fänden sich in einer Broschüre „INTERREG-Projekte mit schleswig-holsteinischer Beteiligung 2007 bis 2013“, die St Maurus dem Ausschuss zur Verfügung stellt. Eine zusätzliche Finanzierung könne es jedoch, dies sei auch die Aussage des für Regionalpolitik zuständigen EU-Kommissars Johannes Hahn gewesen, nicht geben. Der Bund habe signalisiert, die Länder ebenfalls im Rahmen seiner Möglichkeiten unterstützen zu wollen.

Auf eine Frage des Abg. Matthießen zur Strukturförderung des nördlichen Niedersachsens führt St Maurus aus, dass die Förderkulissen ab 2014 deutlich geändert seien. Wieso der Kreis Lüneburg besonders gefördert würde, sei ihm nicht bekannt. Er bietet an, die Frage zu einem späteren Zeitpunkt zu beantworten.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Konzeptionelle Überlegungen zur deutsch-dänischen Zusammenarbeit - Dänemark-Strategie

St Maurus führt in die Thematik ein und trägt die Schwerpunkte des Umdrucks 17/1795 vor. Das vorliegende Strategiepapier solle mit allen Beteiligten bis Mitte April diskutiert werden, um bis zum Sommer eine Dachstrategie zu haben. Wichtig sei, die Ziele zu erreichen, die die Kommission fordere, da damit auch Fördermittel zusammenhängen. Der breite Beteiligungsprozess solle sicherstellen, dass alle beteiligten Akteure die Möglichkeit hätten, sich einzubringen. Die Dänemark-Strategie solle auch ermöglichen, zum Beispiel über das Ostseeprogramm geförderte Mittel einzuwerben.

Abg. Pauls merkt an, dass man vonseiten ihrer Fraktion das vorliegende Papier nicht als Strategieentwurf sondern als fertige Strategie wahrgenommen habe. Dies sei ihrer Ansicht nach auch bei anderen der Fall gewesen, zum Beispiel bei den dänischen Partnern. Man sei gern bereit, in die Diskussion um diese Strategie einzutreten. - Auf eine Frage zur eingesetzten Verkehrskommission führt St Maurus aus, dass diese sich mehrfach getroffen habe und weiter tagen werde. Die bisher erreichten Ergebnisse seien in den Dänemark-Bericht des letzten Jahres aufgenommen worden.

In Antwort auf die Anmerkung von Abg. Pauls hinsichtlich der Frage, ob es sich bei dem vorgelegten Papier um einen Entwurf handele, weist St Maurus auf die Kommunikation der Landesregierung hin, aus der hervorgehe, dass es sich um einen Entwurf handele, der bis Mitte des Jahres 2011 in eine Strategie umgewandelt werden solle. Er hebt hervor, dass keine zusätzlichen Mittel zur Verfügung gestellt würden. Es gebe zahlreiche Ansätze, wie Mittel dafür eingeworben werden sollten. Dabei solle auch privates Kapital als Kofinanzierungskapital eine größere Rolle als bisher spielen.

Abg. Meyer begrüßt, dass eine Diskussion um die Details der Strategie nach wie vor möglich sei und betont, dass das Potenzial, das im Grenzland vorhanden sei, ausgeschöpft werden solle.

St Maurus hebt den konzeptionellen Charakter des Strategieentwurfs hervor. Die Strategie müsse aber auch dazu führen, dass die beteiligten Partner an einem Strang zögen, um im Hinblick auf Wachstum, Beschäftigung und Innovation etwas zu erreichen. Es müsse auch den

Mut geben, ein größeres Projekt mit aufzunehmen. Die Zusammenarbeit mit Süddänemark sei sehr erfolgreich, das werde auch von der Europäischen Kommission so gesehen. Es gebe zahlreiche Beispiele für gut funktionierende Zusammenarbeit mit Süddänemark. Diese müssten möglicherweise transparenter und öffentlicher gemacht werden. Unter anderem zu diesem Zweck sei das Projekt SUCCESS ins Leben gerufen worden. Die ersten Ergebnisse von SUCCESS würden voraussichtlich am 10. Februar 2011 vorgestellt.

Auf eine Frage des Abg. Thoroë zum Erwerb der dänischen Sprache und Fördermöglichkeiten durch die Landesregierung merkt St Maurus an, dass es besonders in den Partnerschaftsschulen ein Angebot an dänischem Sprachunterricht gebe. Neben den Kursen in der Schule würden Kurse über die Volkshochschulen angeboten. Auch die Schulen der Minderheit seien ein Garant, dass Dänisch weiter gelehrt und gelernt werde.

Zu der Frage des Abg. Thoroë zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Hinblick auf den Einsatz von Gigalinern und einer möglichen Diskussion in der Verkehrskommission dazu führt St Maurus aus, er werde die Frage an das zuständige Ministerium weiterleiten.

Auf eine Frage der Abg. Pauls zur Berücksichtigung der vom Landtag in Auftrag gegebenen Kompetenzanalyse erläutert St Maurus, dass man diese ebenso aufgenommen habe wie das Papier des Instituts für Weltwirtschaft. Es stehe zudem noch ein Prognos-Gutachten aus, das auch noch in der Strategie berücksichtigt werden solle. Die Handlungsfelder, die auch im Prognos-Gutachten eine Rolle spielten, würden auch in der Dänemark-Strategie ihren Widerhall finden.

Der Ausschuss nimmt den Bericht des Staatssekretärs zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Sinti und Roma in Kiel

- Verfahrensfragen -

Der Vorsitzende schlägt vor, das Thema in einer der kommenden Sitzungen erneut zu beraten und zu dieser Beratung auch Matthäus Weiß, den Vorsitzenden der Sinti und Roma in Schleswig-Holstein, und Vertreter der Kieler Stadtverwaltung sowie Landesregierung einzuladen.

Abg. Fischer regt an, das Protokoll des Innen- und Rechtsausschusses zu diesem Thema dem Europaausschuss zur Verfügung zu stellen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der Vorsitzende weist auf den Vorschlag hin, die Sitzung am 2. März 2011 nachmittags gemeinsam mit dem Europa- und Rechtsausschuss des Landtags von Mecklenburg-Vorpommern durchzuführen. Der Ausschuss beschließt, eine entsprechende Planung ins Auge zu fassen.

Der Vorsitzende, Abg. Voß, schließt die Sitzung um 12:25 Uhr.

gez. Bernd Voß
Vorsitzender

gez. Thomas Wagner
Geschäfts- und Protokollführer